



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

Es gilt das gesprochene Wort!

Kursiv Geschriebenes dient der Erläuterung.

**Aus den Ausführungen von
Volker Fasbender,
Hauptgeschäftsführer der
Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU),
am 17. Februar 2009
in Wiesbaden, Hotel „Schwarzer Bock“,
zum Beginn der 18. Legislaturperiode**

Stand: 17.2.2009 UK

Inhalt

Einleitung

- Ordnungspolitischer Bewertungsmaßstab
- Investitionskaskade für die Krise
- Exzellenzvision

Wirtschaft, Infrastruktur, Umwelt

- Neuordnung FrankfurtRheinMain
- Energie- und Klimaschutzpolitik mit klaren Zielen
- Umweltpolitik muss Umweltallianz-orientiert sein
- Mehr Rio-Dreiklang in der Nachhaltigkeits-Strategie
- Logistik & Mobilität als entscheidende Standortentwicklung

Schule, Hochschule, Forschung

- Differenzierte Bildungsgänge in der eigenverantwortlichen Schule
- Wissenstransfer neu ordnen
- International University
- Freier Weiterbildungsmarkt

Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

- Optionskommunen stärken
- Finanzielle Anreize für erfolgreiche Vermittlung in Arbeit
- Arbeitsorientierte Zuwanderung

Effizienter Staat und Haushaltskonsolidierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit vielen Jahren kommentieren wir überparteilich als Spitzenorganisation der hessischen Wirtschaft die Ziele, Maßnahmen und Erfolge der Landesregierung: in der Halbzeit und zum Anfang der Legislaturperiode - so wie heute.

Dabei legen wir unsere Beurteilungsmaßstäbe immer offen und wahren eine nachvollziehbare Kontinuität. Dass wir hartnäckige Verfechter des Flughafenausbaus, einer verbesserten Verkehrs-, Energie- und IT-Infrastruktur sowie einer leistungsorientierten Bildungspolitik sind, wird Sie nicht ernsthaft überraschen. Aber auf die Feinjustierungen kommt es auch heute an: was erreicht und was noch zu erledigen ist. Dass wir auch weit in die Zukunft schauen, haben wir Ihnen mit unserer Exzellenzvision Hessen 2025 letzten Oktober gezeigt. Daraus haben wir für die 18. Legislaturperiode Eckpunkte abgeleitet. Sie sehen, wir sind eben so **berechenbar wie nachhaltig**.

Heute benennen wir als hessische Wirtschaft, deren Stimme wir sind, die Prioritäten für die 18. Legislaturperiode.

Prioritäten der VhU für die Legislaturperiode

Natürlich ist die Welt heute nicht fundamental anders als am 4. Dezember letzten Jahres, an dem wir unsere **sechs unverzichtbaren Schwerpunkte einer Standortpolitik** für diese Legislaturperiode unter das Motto zusammengefasst haben: **Wir brauchen beschleunigte Infrastruktur-Investitionen als nachhaltiges Konjunkturprogramm.**

Diese Forderung nach einer Art **Investitionskaskade** für Infrastrukturförderung mit Wohlstandsdividenden für die hessische Gesellschaft gilt immer noch. An ihren sechs Schwerpunkten werden wir das Regierungsprogramm in den nächsten 5 Jahren messen:

1. **Ausbau des Flughafens Frankfurt mit Hochdruck angehen und alle Beschleunigungsmöglichkeiten nutzen.** Um die Beschäftigung um 100.000 Arbeitsplätze auf knapp 200.000 Arbeitsplätze auszuweiten. Um die hessische Luftverkehrsbranche mit 110.000 Arbeitsplätzen direkt am Flughafen zum entscheidenden Jobmotor Hessens zu machen und sie ins Spitzenquartett der größten hessischen Wirtschaftszweige zu bringen. Wenn Sie jetzt einwenden, das Thema sei durch, sage ich Ihnen: Der Teufel steckt im Detail. Und für uns macht es einen Riesenunterschied, ob **dieses Hub mit einem praktikablen Nachtflugverbot und einem akzeptablen Anti-Lärm-Pakt Europas größtes Frachtdrehkreuz bleibt** und es intelligent verbinden kann mit dem drittgrößten Passagevolumen. Oder ob ein striktes Nachtflugverbot diesen entscheidenden Wettbewerbsvorteil zertrümmert.
2. **Hessen zum Logistikstandort Nr. 1 in Europa entwickeln.**
3. **Breiter Energie-Mix für** umweltschonende, versorgungssichere und bezahlbare Energie: von Biomasse über Kohle bis Kernkraft.
4. **In der Bildungspolitik vor allem den Wissenschaftsstandort** ausbauen.
5. Im Bund auf eine **Arbeitsplätze schaffende Sozialpolitik** hinwirken.

6. **Haushaltskonsolidierung** – von uns immer schon gefordert - muss unverändert Ziel bleiben.

Dieses **6-Punkte-Sofortprogramm mit Nachhaltigkeitswirkung** muss ergänzt werden um ein **Programm der mittel- bis langfristigen Zukunftssicherung**. Dazu empfehlen wir dringend, aus unseren Bausteinen einer Exzellenz-Vision Hessen 2025 die Handlungsfelder I und III in Angriff zu nehmen. Ich darf Sie kurz erinnern:

Für das **I. Handlungsfeld „Kluge Investitionen“** hatten wir mit Blick auf das Jahr 2025 formuliert: „Hessen hat durch eine beispiellose Offenheitsoffensive seine Investitionen optimal stimuliert“. Dieses Feld hatten wir mit 4 strategischen Zielen unterlegt:

- Hessen hat 2025 die **offensivste Metropolregion in Europa**.
- Hessen ist der **weltoffenste Treffpunkt in Europa**.
- Hessen verfügt über weltweit führende Exzellenzzentren.
- Hessen hat sich zu **Europas führendem Mobilitäts- und Logistikcluster** weiterentwickelt.

Für das **III. Handlungsfeld „Chancen nutzen für Arbeit und Arbeitsplätze“** hatten wir formuliert: Hessen hat 2025 den Wissenstransfer als Markt entfesselt und durch eine streng erfolgsorientierte Arbeitsvermittlung den Arbeitsmarkt mobilisiert. Dazu hatten wir 3 strategische Ziele benannt:

- Die Hochschulen sind über ihre unternehmerisch ausgerichteten Transfergesellschaften **Motoren des Wissenstransfers** in Richtung Wirtschaft – und zurück.

- Die Vernetzung der universitären Transfergesellschaften und die Anbindung an die Förderpolitik Hessens erfolgen durch **das grundlegend reformierte Technologie-Transfer-Netzwerk (TTN)** Hessen.
- Durch eine klare **Erfolgsorientierung der Fallmanager** wurde die Arbeitsvermittlung entscheidend verbessert.

Wie sollen dieses **Sofort- und Zukunftsprogramm** nun kombiniert und konkret wirtschafts-, bildungs- und sozialpolitisch umgesetzt werden?

Wirtschaft, Infrastruktur, Umwelt

Die VhU fordert die Neu-Ordnung von FrankfurtRheinMain

Die Entwicklung der Metropolregion Frankfurt Rhein-Main ist entscheidend für die zukünftigen Entwicklungschancen in ganz Hessen. Die Region verfügt über **4 Wettbewerbsvorteile**, die zusammen ein Alleinstellungsmerkmal ausmachen. Glänzende Ausgangsbedingungen also! Die Region muss aber auch noch gewaltig an ihren Strukturen arbeiten. Deshalb muss die Landespolitik sich darauf konzentrieren, eine Neuordnung der politischen Struktur der Region Rhein-Main umgehend zu gestalten.

Zu den Wettbewerbsvorteilen: Da ist erstens der **Vorteil Mobilität**. Die Vernetzung von global bis in alle Winkel Hessens ist weltweit einzigartig. Zweitens: **Vorteil Dezentralität**. Andere Standorte waren uns bisher wegen der Schwerpunktbildung an einem Ort überlegen. Das wiegt in

der Netzwerkwirtschaft nicht mehr schwer. Die Kombination Frankfurts mit weiteren Großstädten und einer Fülle leistungsfähiger Kommunen, die der Region insgesamt den **Charakter einer aufgelockerten Großstadt** geben, ist ein Cluster einzigartiger Art. Dritter Vorteil: **Kultur**. Die Region verfügt über Opernhäuser – das beste Deutschlands -, Kunstsammlungen und Museen, die keinen Vergleich in Deutschland scheuen. Vorteil **Wissenschaft und Forschung**: Die Dichte der Universitäten, Hochschulen, Fachhochschulen, Kunst- und Musikhochschulen, Verwaltungshochschulen, theologische Hochschulen, Berufsakademien, ca. 80 Forschungsinstituten, ca. 20 Technologie- und Gründerzentren und 9 Technologieparks ist einzigartig.

Allerdings sind **die politischen Entscheidungsstrukturen zersplittert, was die gezielte Entwicklung der Region entscheidend hemmt**. Deshalb fordert **VhU eine landespolitische Großanstrengung: nämlich die Neuordnung der Region Frankfurt Rhein-Main, für die wir ein Bild ihrer Zukunftsstruktur skizzieren**.

Eine **Verbandsorganisation Region Frankfurt Rhein-Main** soll alle Aufgaben der Raumordnung, der Regionalplanung und der Regionalentwicklung gebündelt wahrnehmen, die jeweils über die Grenzen Hessens, Bayerns und Rheinland-Pfalz hinausgehen. Das Rhein-Main-Gebiet wird definiert als die Wirtschaftsregion von Wiesbaden-Mainz bis Aschaffenburg und von Giessen/Wetzlar bis zur Bergstraße.

Eine Zusammenarbeit und spätere Zusammenführung mit der Region Rhein-Neckar werden ins Auge gefasst. Notwendig bleibt jedoch zunächst die Bildung eines Verbandes Region Frankfurt Rhein-Main.

Vorgezogen werden könnten aus dem Aufgabenspektrum schrittweise folgende Positionen:

- **Zunächst: Die Außenwirtschaftsförderung und –vertretung wird neu strukturiert und in Form einer eigenständigen Gesellschaft „Hessen International“ nach dem Vorbild von Bayern International aufgebaut.** Sie ist in ihrer Aufgabewahrnehmung eigenständig; untersteht jedoch in ihrer strategischen Ausrichtung dem Hessischen Wirtschaftsminister.

- **Sodann: Hessen International wird zu einer strategischen Allianz verknüpft mit dem Standortmarketing Region Frankfurt Rhein-Main,** das die hessischen Landesgrenzen überschreitet. Dieses wird ebenfalls als eigenständige Gesellschaft geführt, kooperiert aber unter der strategischen Führung des Hessischen Wirtschaftsministers eng mit Hessen International und fokussiert sich auf die Synergien. Dass diese Verknüpfung mit den anderen Bundesländern abgestimmt ist, versteht sich von selbst.

- **In dieses Konzept passen 4 modellhafte Frankfurt-Rhein-Main-Center und ein für die Zukunftsgestaltung der Region entscheidendes Großereignis:**
 - die Weiterentwicklung des **Frankfurt Rhein-Main „House of Finance“**,
 - die rasche Realisierung des **Frankfurt Rhein-Main House of Logistics and Mobility**
 - Die Konzeption eines **Frankfurt Rhein-Main Center der Kreativitätswirtschaft,**

Für die Werbe- und Kommunikationsagenturen, Architektenbüros, Software-Unternehmen, Computerspiel-Produzenten mit rd. 60.000 Beschäftigten.

- und die Entwicklung eines **Frankfurt Rhein-Main Center für Medien und Kommunikation.**

Gemeint ist eine Forschungs- und Ausbildungsstätte für Werbung, Marketing und Kommunikation mit angeschlossenem Gründerzentrum.

Die beiden letzteren Punkte entnehmen wir dem Gutachten von Professor Speer „Frankfurt für alle“.

- Und schließlich das **Großereignis Internationale Bauausstellung (IBA Frankfurt Rhein-Main)** als Zukunftsentwurf, der für eine wachsende, global stark vernetzte deutsche Metropolregion neue urbane Lösungen bei baulicher Entwicklung, Raumordnung und Verkehr im Raum schafft. Die Fokussierung auf die internationale Prägung als Alleinstellung, unser Konzept einer „offensiven Weltoffenheit“ – angewendet auf Bildung und Umwelt (Ökotropolis) -, und die Integration der Themenwelten „Ewiger Drehpunkt“, „Wachsende Schönheit“ und „Offene Denkmaschine“ der Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain bilden eine solide Basis, um der IBA Hamburg etwas Substanzielles entgegen zu setzen.

Wir fordern für Hessen eine Energie- und Klimaschutzpolitik, deren Ziel eine sichere, preiswerte, ökologisch vorteilhafte und gesicherte Energieversorgung ist.

Dazu verweise ich auf unsere Pressekonferenz vom 3. Februar, die wir mit Adam Opel, HSE und Infraserb Höchst durchgeführt haben, um die Zukunft von Null-Emissions-Kraftwerken und –Fahrzeugen und die nächsten Schritte in Richtung forcierter Elektromobilität in Hessen aufzuzeigen.

*Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir einen **umfassenden Energiemix** aus Kohle, Öl, Gas, regenerativen Energien und Kernenergie, ein deutlich erhöhtes Stromangebot sowohl in der Inlandserzeugung als auch durch Verbesserung der Importmöglichkeiten.*

*Das **Kraftwerk Staudinger** ist umgehend zu realisieren. **Biblis A und B** bleiben am Netz. Regenerative Energien werden insbesondere bei Biomasse, Biogas und Geothermie ausgebaut. Darüber hinaus ist der Stromtransport über Hochspannungsfreileitungen und nicht durch übertriebene Erdverkabelung zu sichern.*

***Forschung** zu regenerativen Energien muss ebenso vorangetrieben werden, wie zu fossilen Technologien und bei Kerntechnologie. Die Fläche, die in Hessen für Biomasseanbau und Energieerzeugung bereit gestellt wird, ist festzuschreiben mit der Maßgabe, dass eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln gewährleistet ist.*

Effizienzsteigerung bei der Energieerzeugung, Energieeinsparung beim Energieeinsatz wird von uns in Kooperation mit der Hessischen Landesregierung vorangetrieben.

Die Umweltschutzpolitik muss Umweltallianz-orientiert sein

Wichtig ist es, die **etablierte Marke Umweltallianz Hessen, die nach 7 Jahren nun über 1.000 Mitglieder zählt**, sowohl auf Seiten der

Wirtschaft als auch der Behörden breit in die Fläche zu bringen und sie eigenständig neben der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen zu unterstützen. Denn im Gegensatz dazu werden im Rahmen der Umweltallianz Hessen **konkrete Hilfestellungen für Unternehmen** – gerade für klein- und mittelständische - erarbeitet. Verstärkt werden müssen diese Aktivitäten zur Unterstützung der Unternehmen bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Bereich Umweltschutz- und Sicherheit. Im Einzelnen fordern wir die konsequente Fortsetzung folgender Ziele:

- **Stärkung der Eigenverantwortung im Bereich Überwachung.**

Die Umsetzung von EU- und Bundes-Vorgaben muss bei Vollzugsregelungen auf eine Stärkung der Eigenverantwortung achten. Dies gilt erst recht für hessische Vorschriften.

Dies darf aber nicht so missverstanden werden, dass private Sachverständige die eigentlichen Aufgaben und Tätigkeiten der Behörden wahrnehmen und die Unternehmen die Kosten tragen müssen. Diese bayerische Lösung ist in Hessen in jedem Fall zu vermeiden.

Konzepte zur engeren Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Behörden sind weiter zu optimieren, wie z.B. in der Anlagenüberwachung nach dem Störfallrecht oder der Schulung von Behördenmitarbeitern im Auditieren. Eine Stärkung der Eigenverantwortung setzt umgekehrt auch kompetente Ansprechpartner in den Behörden voraus.

- **Spitzenposition Hessens bei Genehmigungsverfahren festigen.**

Genehmigungsverfahren werden in Hessen im Ranking der Bundesländer am schnellsten abgewickelt. Diese Spitzenposition,

ein wichtiger Standortfaktor für Hessen, gilt es zu festigen. Erreicht werden konnte diese Position aber nur durch Personal, das mit genügend Know-how ausgestattet ist. Unsere Unternehmen brauchen schnelle Genehmigungen, um schneller mit ihren Produkten am Markt sein zu können, um im Wettbewerb bestehen zu können. Dies gilt umso mehr für die Zeit, wenn die Konjunktur wieder anspringt.

- **Abbau unnötiger Belastungen der Unternehmen, z.B. Andienungs- und Überlassungspflichten.**

Das Instrument der Andienungs- und Überlassungspflicht an die HIM ist endgültig aufzugeben. Kein Unternehmen kann es sich leisten, Abfälle illegal zu entsorgen, was ursprünglich Hintergrund für die Andienungspflicht war. Den zusätzlich entstehenden Kosten für die Unternehmen steht keinerlei Nutzen für die Umwelt gegenüber. Gerade in wirtschaftlich so schwierigen Zeiten sollte auf die Kostenbelastung verzichtet werden.

- **Stärkere Plattform für Informations- und Austauschforen.**

Aufgrund der durchgeführten Mitgliederbefragung wird deutlich, dass sich die Unternehmen in den Themenfeldern der Umweltallianz Hessen gerne stärker gegenseitig austauschen möchten in sog. Dialogforen etc. Neben der Information ist das Netzwerk gerade für KMUs ein immer stärkerer Grund, Mitglied in der Umweltallianz Hessen zu werden. In diesem Feld sind mehr Veranstaltungen, auch auf regionaler Ebene, anzubieten, was auch dem Aufgabenfeld des Verbandes entspricht. Somit lassen sich Synergien und kostengünstigere Varianten realisieren.

- **Transferstelle für Fördermittel im Bereich Umweltschutz / Umwelttechnologie / Technologietransfer.**

Ausbau der Informationen und Hilfestellungen für Unternehmensinvestitionen

in diesem Bereich. Stärkere Vernetzung und Nutzung von Synergien der im Bereich Technologietransfer handelnden Akteure

- **Frühwarnsystem bei EU-Plänen.**

*Die Aufgabe möglichst **früh von Plänen der EU-Kommission** Kenntnis zu erlangen, um gemeinsam kritische Aktivitäten zu verhindern, gilt es intensiv fortzusetzen und zu optimieren.*

Mehr Rio-Dreiklang in der Nachhaltigkeits-Strategie

Die Hessische Landesregierung hat noch im letzten Jahr eine Nachhaltigkeitsstrategie auf den Weg gebracht, wozu alle gesellschaftlichen Gruppen eingeladen wurden, ihre Projekte einzubringen. Die VhU arbeitet daran mit größter Intensität mit und stellt allein sechs Projektleiter.

In der Nachhaltigkeitsstrategie und bei der Auswahl der Indikatoren **vermissen wir den gleichberechtigten Dreiklang des Rio-Prinzips** - Ökonomie, Ökologie und Soziales. Wir sehen ein deutliches Übergewicht des ökologischen und sozialen Elements. Dies ist aus unserer Sicht dringend **zu korrigieren**.

Wir müssen auch zuerst die **übergeordneten Ziele** der Nachhaltigkeitsstrategie klären. Erst danach können die Indikatoren der Nachhaltigkeitsbilanz ausgewählt werden. Derzeit ist das methodische Vorgehen genau anders herum und aus unserer Sicht deshalb nicht zielführend. Dabei ist die Fixierung auf z. B. den hessischen CO₂-Ausstoß wenig aussagekräftig, weil es dafür einflussreichere Faktoren als die Nachhaltigkeitsstrategie Hessens gibt.

Logistik und Mobilität sind entscheidende Voraussetzung für Standortentwicklung

Dazu haben wir uns so oft geäußert, auch unsere lange Liste der abzuarbeitenden Verkehrsinfrastrukturprojekte ist hinlänglich bekannt, dass ich sie hier nur zur Erinnerung hinterlegen möchte.

*Die Kernkompetenz von Logistikunternehmen liegt längst nicht mehr im Transport von A nach B. Heute geht es darum, komplexe Abläufe zu planen und zu steuern – von der Produktion bis hin zum Vertrieb an den Endkunden. Das reibungslose Zusammenspiel innerhalb der gesamten Wertschöpfungskette entscheidet zunehmend über den wirtschaftlichen Erfolg. Voraussetzung für die Bewältigung der komplexen Anforderungen sind daher nicht allein gut **ausgebaute Verkehrswege**, sondern auch **reibungsloser Datentransport** und **unternehmensübergreifende Synergien**.*

*Gleichbleibender Kostendruck, intensivierter internationaler Wettbewerb und steigende Kundenanforderungen zwingen die Unternehmen zu immer neuen Lösungen. Sie reagieren auf die Herausforderungen mit Vernetzung und einer Neustrukturierung der Wertschöpfungskette. Outsourcing von immer komplexeren Aufgabenfeldern **an Logistikdienstleister** ist seit Jahrzehnten gängige Praxis und - bei richtiger Umsetzung – ein erfolgreiches Instrument. In der Automobilindustrie entfallen heute bereits rund 44 Prozent der gesamten Logistikkosten auf externe Dienstleister, bei der Kostümgüterindustrie sind dies 51 Prozent und im Handel 40 Prozent.*

*Der Anteil der IT-Investitionen steigt dabei bemerkenswert. Die Folge dieser Entwicklungen ist die zunehmende physische und informatorische Vernetzung von Herstellern und Handel mit ihren Lieferanten und Vorlieferanten. Künftig werden daher **Wertschöpfungsketten und durch Logistik und IT verbundene Netze miteinander konkurrieren**, nicht mehr einzelne Unternehmen.*

Die Logistik ist in diesem Zusammenhang das entscheidende Bindeglied zwischen den Wertschöpfungspartnern, das die Vernetzung mit Dienstleistern und Lieferanten steuert und koordiniert.

Die VhU setzt sich dafür ein, dass die hervorragende infrastrukturelle Voraussetzung der Region Frankfurt/Rhein-Main genutzt wird, um in internationalen Logistikketten eine entscheidende Rolle zu spielen.

Um die Logistikperspektiven für Hessen einer Gesamtkonzeption zu zuordnen, begrüßen wir ausdrücklich die Gründung eines „Frankfurt Rhein-Main House of Logistics and Mobility“

Darüber hinaus gilt es Frankfurt als Deutschlands wichtigsten Internetknoten sowie als Europas Internetknoten Nummer 2 weiterhin auszubauen. 85 % des deutschen und 35 % des europäischen Internetverkehrs werden hier abgewickelt. Hessen hat mit 700 km ein ausgesprochenes dichtes Glasfasernetz. Dabei gilt es, sich nicht auf dem Erreichten auszuruhen, sondern sich kontinuierlich weiter zu entwickeln. Daher begrüßt die VhU die Initiative der hessischen Landesregierung, bis zum Ende der 18. Legislaturperiode für eine **komplette Breitbandversorgung** zu sorgen.

Um die **Verkehrsinfrastruktur in Hessen zukunftssicher** zu machen brauchen wir, was wir schon lange fordern und deshalb hier noch einmal daran erinnern:

- *Die Fertigstellung des Flughafenausbaus Frankfurt in time unter Einschluss der für einen Hub notwendigen Nachtflüge*
- *Realisierung von Single European Sky*
- *Funktionale Luftraumblöcke*
- *Ausbau Kassel-Calden*
- *Fertigstellung A 44*
- *Fertigstellung A 49*
- *Fertigstellung A 66*
- *Fertigstellung A 661*
- *Fertigstellung des Lückenschlusses A 4 Olpe-Hattenbach*
- *Realisierung „Staufreies Hessen“*

- *Realisierung ICE-Strecke Frankfurt-Mannheim*
- *Realisierung ICE-Strecke Frankfurt-Fulda-Erfurt*
- *Realisierung der Regionaltangente West in der Region Frankfurt Rhein Main*
- *Entwicklung von City-Verkehrsmanagement-Systemen im Großraum Frankfurt/Rhein-Main, die einen reibungslosen Zugang zu den Innenstädten garantieren.*

Schule, Hochschule, Forschung

Eigenverantwortliche Schulen zum Standard machen

Auch die Wirtschaft sieht in der Schulpolitik ein Herzstück der Gestaltungskraft eines Bundeslandes für seine Zukunft. Hier wurden die großen Weichen von der Koalition richtig gestellt. Dies sind: der **Erhalt der schulischen Abschlussprofile**, die **selbstständige Schule**, **Kompetenzstandards als Unterrichtsziele** sowie die interne und externe **Evaluation**, beides zentrale Teile eines umfassenden Qualitätsmanagements.

Natürlich haben wir Verbesserungsvorschläge, aber eher bei den Konsequenzen. Hier nur ein Beispiel: Wer den Schulen mehr Verantwortung und mehr Geld gibt, muss nach A auch B sagen. Daher muss der gesamte und viel zu große Apparat der Schulverwaltung auf Bedarf und Effizienz hin evaluiert werden, von den vielen Schulaufsichtsämtern bis hin zur Kooperation mit den Schulämtern der Schulträger. Hier lassen sich erhebliche Ressourcen umwidmen, selbst wenn die Widerstände groß sein werden.

Es gibt 15 Staatliche Schulämter. Für die Staatliche Schulaufsicht standen im Haushaltsjahr 2008 rund 36 Mio. € für Personalausgaben zur Verfügung. Das entspricht rund 720 Mitarbeitern (Kalkulation: 36 Mio./50.000 €) oder 49 Mitarbeitern je Schulamt (720 MA/15). Dazu kommen weitere 26 Schulämter der Schulträger (21 Landkreise + 5 kreisfreie Städte)

Wir sind nicht glücklich über die **Aufstockung der Lehrerstellen** nach Prozentzahlen – gemeint sind plus 5 Prozent auf die Abdeckung der Stundentafeln -, also 105 Prozent. Aber wir begrüßen gleichzeitig sehr, dass die Schulen bei bis zu 20 Prozent der gesamten Personalmittel erstmals selbst entscheiden können, ob sie das Geld für Lehrerstellen oder für Sachmittel oder für anders Qualifizierte ausgeben wollen.

Nicht zufrieden sind wir mit den Ankündigungen des Koalitionsvertrages zur **Lehrerbildung**. Es reicht nicht, aus den vier Säulen der Lehrerbildung – der Lehrerausbildung, dem Referendariat, der kollektiven Lehrerfortbildung und der individuellen Lehrerweiterbildung – sich nur eine – das Referendariat – für die Optimierung auszuwählen. Hier müssen wir das **gesamte Feld der Qualifizierung** ins Auge fassen, **vor allem aber die universitäre Ausbildung**. Wir werden in der nächsten Woche hierzu ein grundlegendes Reformkonzept vorlegen.

Forschungsschwerpunkte setzen und Wissenstransfer optimieren.

Wir begrüßen die Ankündigung, die Umwelt- und Energiepolitik zu einem Schwerpunkt von Forschung und Entwicklung zu machen. Allerdings nennt der Koalitionsvertrag hier allein 12 neue Fachtechnologien, von der Brennstoffzelle bis zur Photonik. Das wirft für uns die Frage auf, was

mit den langjährigen Schwerpunkten der Technologieförderung – vier große Aktionslinien gibt es - geschehen soll, angesichts begrenzter öffentlicher Ressourcen, dem Gebot einer klaren Profilbildung und der notwendigen Verlässlichkeit für die Wirtschaft.

Wir erwarten zudem, dass sich die Landesregierung nicht allein auf „Zukunftstechnologien“ konzentriert. Genau so wichtig ist es, die klassischen Industrien im Land bei der Erneuerung ihrer Technologien zu unterstützen, vom Maschinenbau bis hin zur Chemie.

Spätestens im Regierungsprogramm sollte klar sein, wie das Netzwerk der Forschung erweitert werden soll. Dazu gehört für uns neben dem neuen „Automobilwissenschaftlichen Zentrum“ z.B. die Ansiedlung weiterer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen.

Neue Strukturen brauchen wir für den **Technologietransfer**. Die vielen Aktivitäten sollten **systematisch verbunden** werden, von den Technologieberatern bis hin zum Technologie-Transfer-Netzwerk (TTN) der Hessenagentur. Ziel muss es sein, die Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen mit Forschungseinrichtungen zu verbessern – und zu vereinfachen.

Für das reformierte TTN sehen wir 5 Kernaufgaben:

- *Motor der Modellprojektförderung,*
- *Unterstützung der Hochschulen beim Aufbau eines zielorientierten Projektmanagements,*
- *Aufbau von Ressourcen zur Kompetenzbildung an den Hochschulen und für Kooperationen mit externen Dienstleistungsanbietern,*
- *Qualitätsmanagement, bis hin zur Vergabe von Gütesiegeln für erfolgreiche Organisationsmodelle,*

- *Makler von Informations- und Kontaktdienstleistungen zu den Initiativen auf der Bundes- und insbesondere Europa-Ebene.*

Dabei muss die **monetäre Mittelstandsförderung** auf diesem Feld mit der **nichtmonetären verbunden** werden. Ein Beispiel: Von der Patententwicklung bis zur gewerblichen Nutzung sind die Wege viel zu lang. Hessen steht gut da, was die Zahl neuer Patente betrifft. Leider sind davon aber nur wenige wirtschaftlich verwertbar. Also brauchen wir bereits bei der Patentsuche entsprechend geeignete Prüf- und Filterinstrumente - wie sie etwa Nordrhein-Westfalen mit seinen **Patent-Scouts** installiert hat.

International University als offensives Angebot einer weltoffenen Region

In der Hochschulpolitik sind die Weichen ebenfalls richtig gestellt, mehr Autonomie, mehr Profilbildung und mehr Wettbewerb sind auch die Positionen der Wirtschaft.

Der Koalitionsvertrag legt zudem Wert auf eine noch stärkere Internationalisierung der hessischen Science Community. Die Förderung der Kooperation hiesiger mit ausländischen Hochschulen ist gut, reicht aber nicht. Gerade in einer Metropolregion wie Frankfurt-Rhein-Main brauchen wir auch starke Angebote mit hoher Attraktivität nach außen. Das geht nicht durch zusätzliche Hochschulen.

Wir haben daher den **Vorschlag einer International University als Synergie-Verbund bestehender Hochschulen** gemacht. Wir meinen

damit ein voll-universitäres Angebot, das die Lehre und das Campusumfeld **durchgängig in englischer Sprache** organisiert und es mit **interkulturellem Management** verbindet. Da dies nur stufenweise eingeführt werden kann, sollte mit im Ausland attraktiven deutschen Studiengängen – wie z. B. Ingenieurwissenschaften – begonnen werden, die mit Inhalten der Business Administration sowie des Business Engineering verbunden werden. Ein solches Verbundkonzept muss nicht teuer sein, weil an vielen Stellen Vorhandenes zusammen gefügt werden kann.

Keine staatliche Regulierung in der Weiterbildung

Wohin die Weiterbildung zu entwickeln wäre, haben wir unter den Stichworten „Solide Erstausbildung, lebenslanges Lernen und konsequente Nutzung von Trends in unserem Exzellenz-Buch beschrieben. Deshalb hier nur ein aktueller Punkt: Die Koalition will die Weiterbildung fördern. Vor allem die Zentren Lebensbegleitenden Lernens (ZLL) sollen ausgebaut werden. Hier gilt es Maß zu halten. Eine Evaluierung wie Bündelung der staatlichen Angebote ist richtig und zielt auf mehr Effizienz. Die staatlichen Angebote decken aber nur 3 Prozent (!) der gesamten Weiterbildung ab. Wir werden daher sehr darauf achten, dass ein gut funktionierender, weil freier Weiterbildungsmarkt mit seinen 97 Prozent nicht - via ZLL- von staatlicher Regulierung bedroht wird.

Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist Richtlinie für uns all das, was Arbeitsplätze sichert und schafft. Und wir lehnen alles ab, was Arbeit gefährdet und zerstört bzw. was das Entstehen neuer Arbeit verhindert.

Dies vorangestellt, begrüßen wir zunächst die Absicht der hessischen Landesregierung, die **Absicherung der Optionskommunen im Grundgesetz** zu unterstützen. Die hessischen Optionskommunen haben gezeigt, dass vor Ort erfolgreich gearbeitet werden kann, wenn die Leistungen aus einer Hand erfolgen, wenn also **ein und derselbe Träger** sowohl die **Sozialfürsorge** als auch die **Vermittlung in Arbeit** leistet. Deshalb sollte sich die Grundgesetz-Garantie nicht nur auf die schon vorhandenen Optionskommunen beschränken, sondern auch auf solche erstrecken, die sich zukünftig noch für das Optionsmodell entscheiden.

Da nur die Kommunen – nicht aber die Bundesagentur für Arbeit – alle Leistungen aus einer Hand erbringen können, schlagen wir vor, generell bei den Langzeitarbeitslosen die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für das Vermittlungsgeschäft in die Hände der Kommunen zu legen, die sich ja durchaus Vermittlungsleistungen der BA einkaufen können, trotzdem aber verantwortlich bleiben. Damit wäre auch den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts genügt.

Wenn aber auch die Arbeitsgemeinschaften im Grundgesetz garantiert werden sollen, dann jedenfalls nicht in ihrer heute bestehenden Organisationsform. Denn die ist – wie Karlsruhe festgestellt hat – verfassungswidrig. Das hat natürlich Gründe, z.B. die unzulässige

Mischverwaltung in Form der fehlenden Transparenz der Verantwortungszuweisung; und diese Gründe entfallen nicht einfach dadurch, dass man ins Grundgesetz hineinschreibt, das Modell sei jetzt verfassungskonform. Es wäre geradezu dreist, insbesondere gegenüber unseren höchsten Richtern, wenn man so vorginge.

Apropos Vermittlungsgeschäft:

Die VhU hat wiederholt eingefordert, dass die Vermittlung in Arbeit noch verbessert und erfolgreicher ausgestaltet werden kann. Dazu haben wir die Einführung eines **anreizgestützten Managementsystems für die Fallmanager** vorgeschlagen, damit sie sich voll und ganz auf die Vermittlung konzentrieren können, von allen anderen Aufgaben entlastet und für die erfolgreiche Arbeit am Ende auch belohnt werden.

Deshalb freuen wir uns natürlich, wenn die Landesregierung diese Idee jetzt aufgreifen will. Das wird auch nicht „über Nacht“ gehen und setzt die Änderung eingefahrener Vergütungsstrukturen voraus, bietet aber eine gute Chance, die erfolgreiche Eingliederung von Langzeitarbeitslosen weiter voranzubringen.

Bewährte Pfade muss man nicht verlassen. Deshalb unterstützt die VhU die Zielsetzungen der Landesregierung, ihre Arbeitsmarkt- und Ausbildungsprogramme weiterzuentwickeln und den Ausbildungspakt fortzusetzen. Auch die ausdrückliche Ablehnung einer Ausbildungsabgabe findet natürlich unsere Unterstützung; denn eine solche hätte fatale Folgen auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe.

Eine ebenso deutliche Positionierung hätten wir aber auch gegen gesetzliche Mindestlöhne erwartet, gerade jetzt bei Stärkung des liberalen Elements in der Landesregierung. Doch dazu schweigt leider die Koalitionsvereinbarung! Es bleibt dabei: Gesetzliche Mindestlöhne, in welcher Form auch immer, werden von uns entschieden abgelehnt. Sie vernichten einfache Arbeitsplätze bei den

Geringqualifizierten. Und sie bauen Barrieren bei denjenigen Arbeitslosen auf, die so dringend auf solche einfachen Arbeitsplätze angewiesen sind, nämlich die Langzeitarbeitslosen.

Wir fordern die hessische Landesregierung auf, gesetzlichen Mindestlöhnen im Bundesrat ihre Zustimmung zu versagen, auch dann, wenn ohne Vorliegen einer Entsendeproblematik weitere Branchen ins Entsendegesetz aufgenommen werden sollen.

Zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung gehören auch die **arbeitsorientierte Zuwanderung** und **die Integration** dieser Menschen. Die Ziele, die sich die Landesregierung zur Verbesserung der Integration vorgenommen hat, werden von der VhU unterstützt. So soll die bewährte Arbeit des Integrationsbeirats fortgeführt, soll Spracherwerb bei Kindern frühzeitig gefördert und ein Programm „Integration Arbeitsmarkt“ für junge Zuwanderer aufgelegt werden. Ebenso soll die Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache als Voraussetzung und Bedingung für erfolgreiche Integration formuliert werden. Es mag sein, dass die Integration in der Vergangenheit vernachlässigt wurde. Wie es um die Integration steht, und auf welchen Wegen die Betriebe schon erfolgreich die Integration in Arbeit praktiziert haben, das haben wir gerade im letzten Jahr in unserer Broschüre „Arbeitsorientierte Zuwanderung – Zwischen neuer Offenheit und verbesserter Integration“ dargestellt.

Wenn die Landesregierung allerdings in ihrer Koalitionsvereinbarung ausführt „Integrationspolitik darf nicht einseitig auf die Frage der Steuerung der Neuzuwanderung konzentriert werden“, anschließend zum Thema Steuerung aber schweigt, so können wir dem nicht folgen. Denn wir brauchen eine grundlegende Neuausrichtung der Steuerung der arbeitsorientierten Zuwanderung, die Wagenburgmentalität sollten wir endgültig verabschieden. Die Metropolregion Frankfurt RheinMain

und auch ganz Hessen als international orientierte Region brauchen eine offene, liberale Ausgestaltung der Zuwanderungsregeln, damit die guten Fachkräfte aus Drittstaaten nicht weiterhin einen Bogen um Deutschland machen. Andere Länder haben uns vorgemacht, wie eine erfolgreiche Steuerung durch ein Punktsystem aussehen kann, das einerseits die Bedarfe berücksichtigt, andererseits aber auch, welches Maß an Zuwanderung wir verkraften können. Wir fordern die hessische Landesregierung auf, eine entsprechende Bundesratsinitiative zu starten.

Effizienter Staat und Haushaltskonsolidierung

Wir begrüßen das ausdrückliche Bekenntnis der Koalition zur Sozialen Marktwirtschaft als Grundlage unserer Gesellschaft, die den Bürgern mehr Eigenverantwortung gewährt und staatliche Aufgaben auf Anreizfunktionen bei Innovationen begrenzt. Staatliche Überbrückungshilfen und nachhaltige Innovationsförderung in Krisenzeiten sind richtige Dosierungen zum jetzigen Zeitpunkt. Dass die Koalition keine neuen Steuern und Abgaben einführen will, interpretieren wir als Verzicht auf jegliche Mehrbelastung der Wirtschaft. Dies ist eine gute Perspektive für die Standortentwicklung.

In der aktuellen wirtschaftlich schwierigen Situationen lässt sich die Konjunktur stützen, indem man beschlossene und geplante Investitionen vorzieht und beschleunigt, indem man sie genehmigungstechnisch vereinfacht. Darauf zielte unser 6-Punkte-Programm zur Investitionskaskade. Zweitens muss der Staat seine Aufgaben auf das

Notwendige reduzieren, auf Konkurrenz gegenüber privatwirtschaftlichen Aktivitäten verzichten und seine konsumtiven Ausgaben drosseln.

Ein effizienter Staat muss die Balance aus Zukunftsinvestitionen und Haushaltskonsolidierung finden und halten. Dazu gehört die Synchronisierung von investitionsorientierten Konjunkturprogrammen und rechtzeitigem Wiedereinschwenken auf Konsolidierungskurs. Dabei darf man – das war der Hauptfehler aller bisherigen Ansätze von Keynesianismus – den richtigen Zeitpunkt für dieses Wiedereinschwenken nicht verpassen.

Langtext:	30.405 Zeichen = 43 Minuten
Hinterlegung (Kursiv):	- 9.289 Zeichen = 13 Minuten
Gesprochener Kurztext	21.236 Zeichen = 30 Minuten